

Beschluss des Landrats vom 18.11.2021

Nr. 1241

38. Demokratie in den Gemeinden: Instrumente

2020/623; Protokoll: mko

Landratspräsidentin **Regula Steinemann** (glp) informiert, dass der Regierungsrat bereit sei, das Postulat entgegen zu nehmen.

Florian Spiegel (SVP) führt aus, dass die SVP-Fraktion eine kleine Mehrheit und eine grosse Minderheit aufweise, die den Vorstoss überweisen bzw. nicht überweisen möchte. Dank seiner Fähigkeit zum ausgewogenen Darlegen, erhielt er den Auftrag, gleich für beide Seiten zu sprechen. Eine Mehrheit der SVP ist der Meinung, dass mit der Gemeindeversammlung die heute gängige Praxis und die vorhandenen Instrumente ausreichend sind, um den aktuellen Aufgaben nachzukommen. Es gibt aus Sicht der Mehrheit nichts Urdemokratischeres als eine Gemeindeversammlung, und zwar aufgrund der Möglichkeit, dem Volk direkt den Puls zu fühlen und bei der Abstimmung sortieren zu können. Ebenfalls besteht im Anschluss an eine solche Gemeindeversammlung immer noch die Möglichkeit eines Referendums innerhalb gesetzlicher Frist. Die Mehrheit der Fraktion ist deshalb der Meinung, dass es keine Überweisung des Postulats und keine Ausweitung der Massnahmen und Instrumente braucht, wie dies von der Postulantin aufgezeigt wird.

Eine Minderheit unterstützt den Vorstoss und ist der Meinung, dass es aufgrund von Veränderungen auch im Zusammenhang mit dem Wachstum von Gemeinden und den gestiegenen Anforderungen an das System angezeigt wäre, die im Postulat aufgeführten Massnahmen zu überprüfen und sich aufzeigen zu lassen, ob diese noch zeitgerecht sind oder ob man gewisse Instrumente neu einführen sollte.

Die Fraktion von **Stefan Degen** (FDP) sei sich einig, dass das Postulat zu überweisen sei. Falls im Rahmen der Prüfung gewisse Unsicherheiten auftauchen, lässt sich das untersuchen und darüber berichten, so dass das Parlament in einem weiteren Schritt bestimmen kann, was mit dem Befund passieren soll.

Tania Cucè (SP) kann sich dem anschliessen. Die SP-Fraktion wird aus denselben Gründen wie die Minderheit der SVP das Postulat überweisen. Die Gemeinden, die Zustände und die Aufgaben haben sich verändert, was eine Prüfung rechtfertigt.

Béatrix von Sury d'Aspremont (CVP) spricht namens der CVP/glp-Fraktion für eine Überweisung des Postulats aus. Es bestehen noch einige Fragen, die geklärt werden sollen.

Hanspeter Weibel (SVP) gehört zur angesprochenen Minderheit in seiner Fraktion. Er stellt fest, dass an Gemeindeversammlungen teilweise unter 1 % der Stimmberechtigten teilnehmen, wobei es sich immer um den harten Kern handelt. Möchte man etwas davon Abweichendes erreichen, ist der Aufwand für das Ergreifen eines Referendums oder die Anwendung von § 18 des Gemeindegesetzes mit einem entsprechend grossen Aufwand verbunden. Aus diesem Grund ist es durchaus prüfenswert, ob man den Gemeinden – die dies dann selber zu beschliessen haben – allenfalls zusätzliche Instrumente zur Verfügung stellen möchte.

://: Mit 68:7 Stimmen bei 1 Enthaltung wird das Postulat überwiesen.
